



## Pressemitteilung

München, den 22. Dezember 2011

Verkauf von GBW-Wohnungen:

**Maly: „Der Freistaat muss endlich Farbe bekennen“**

Der Bayerische Städtetag beobachtet seit Herbst 2009 mit wachsender Unzufriedenheit die Diskussion um einen möglichen Verkauf des größten bayerischen Wohnungsunternehmens, der GBW AG, die im Besitz der Bayerischen Landesbank ist. Betroffene Oberbürgermeister haben sich nun in einem Brief an den Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gewandt, um ihn zum Handeln aufzufordern. Sie fordern eine rechtliche Absicherung der Sozialbindung. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, erklärt: **"Die Bayerische Landesbank steckt in einer schwierigen Lage. Die EU-Kommission muss noch das Restrukturierungsprogramm genehmigen. Wegen des EU-Wettbewerbsverfahrens wird wohl die Landesbank voraussichtlich ihre Anteile an der GBW verkaufen müssen. Der Freistaat darf sich aber nicht vor seiner sozialen Verantwortung für 33.000 Mietwohnungen und damit rund 85.000 Bewohner drücken. Der Freistaat ist über die Bayerische Landesbank Eigentümer des Wohnungsbestandes der GBW und steht somit in der Pflicht. Der Freistaat muss endlich Farbe bekennen, ob er zum Schutz der GBW-Mieter steht. Die Sozialstandards müssen vor dem Verkaufsprozess festgelegt werden."**

Die GBW AG gehört zu 92 Prozent der Bayerischen Landesbank. Der Wohnungsbestand verteilt sich auf alle Regionen Bayerns. Der größte Anteil des Wohnungsbestands mit rund 32 Prozent liegt im Großraum München mit rund 10.500 Wohnungen, in Nürnberg und Erlangen mit insgesamt rund 5.500 Wohnungen (ca. 17 Prozent), 1.900 im Großraum Regensburg (ca. 6 Prozent), 1.200 im Großraum Würzburg und rund 1.000 im Großraum Aschaffenburg. Über 12.000 Wohnungen liegen verstreut in Siedlungen in einzelnen Orten in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken.

Die GBW leistet mit ihrer sozial orientierten und nachhaltigen Unternehmenspolitik einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum. Dies trifft vor allem Einkommensschwächere. Maly: **"Über den Bemühungen zur Rettung der Landesbank**

**darf die Staatsregierung die Verantwortung für die Sicherung des bezahlbaren Wohnraums nicht aufgeben. Die Staatsregierung muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit der Wohnungsbestand der GBW nicht zum Objekt für internationale Immobilienfirmen gerät. Diese Wohnungen sind kein Spekulationsobjekt für Immobilienhaie, sondern sind Heimstatt für rund 85.000 Menschen."**

**Maly: "Der Mieterschutz muss gewährleistet bleiben. Die Bayerische Verfassung nimmt den Freistaat in die Pflicht: Laut Verfassung hat jeder Bewohner und jede Bewohnerin Bayerns Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Staatsregierung muss dieser verfassungsrechtlichen Verantwortung gerecht werden. Der Freistaat muss die Wohnungen der GBW auf Dauer sichern, damit bezahlbarer Wohnraum bestehen bleibt. Die Mieter müssen durch langfristige Vereinbarungen geschützt werden. Es ist sicherzustellen, dass diese Vereinbarungen auch für Rechtsnachfolger der GBW gelten."**

Im Einzelnen fordert der Bayerische Städtetag seit zwei Jahren:

1. den lebenslangen Ausschluss von Eigenbedarfs- und Verwertungskündigungen für Mieterinnen und Mieter über 60 Jahre, für alle übrigen Mieterinnen und Mieter auf die Dauer von 15 Jahren,
2. ein mit Vertragsstrafen bewehrtes Umwandlungsverbot für die Dauer von 15 Jahren,
3. den Ausschluss von Luxusmodernisierungen sowie
4. eine Beschränkung der gesetzlichen Spielräume für Mieterhöhungen.